



ALTERNATIVE
DIE GRÜNEN STADT ZUG

CSP.
Faire Politik

grünliberale

Stadtrat
der Stadt Zug
c/o Stadtkanzlei
Stadthaus
6300 Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR	
Eingang :	30.1.2020
Bekanntgabe im GGR :	17.03.2020
Überweisung im GGR :	17.03.2020

Zug, 30.1.2020, Eingereicht per Mail

Motion für den nachhaltigen Betrieb der städtischen Liegenschaften ab 2030

Motion:

Die Stadt Zug betreibt sämtliche Liegenschaften spätestens ab 2030 ausschliesslich mit Energie aus erneuerbaren Quellen. Dabei produziert sie mindestens 20% des Strombedarfs selbst durch eine konsequente Nutzung von Dach- und Fassadenflächen, die für die Stromproduktion geeignet sind.

Sofern bei vermieteten Objekten für die Beheizung Biogas eingesetzt wird, überwälzt die Stadt allfällige Mehrkosten nicht auf die Mieterschaft.

Begründung:

Nebst dem Verkehr sowie Industrie und Handel benötigt das Erstellen und insbesondere das Betreiben von Gebäuden sehr viel Energie. Sofern diese aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird, führt das zu grossen CO₂-Emissionen.

Die Stadt Zug verfolgt das Ziel der 2000 Watt-Gesellschaft. Dazu gehört aus bekannten Gründen - Eindämmung der globalen Erwärmung mit den befürchteten fatalen Folgen für die Menschheit - auch eine deutliche Verringerung der CO₂-Emissionen.

Das von der Schweiz unterzeichnete Pariser Klimaabkommen sieht „netto Null“ CO₂-Emissionen ab 2050 vor. Dies ist ein globales Ziel, das alle, staatliche wie private Akteure betrifft. Auf kommunaler Ebene sind wir ebenso gefordert. Um Erfahrungen zu sammeln und insbesondere um die Machbarkeit aufzuzeigen, ist es sinnvoll, wenn die Stadt Zug beim eigenen Gebäudebestand vorangeht und versucht, das „netto Null“-Ziel deutlich früher zu erreichen.

Die Stadt Zug ist in der vorteilhaften Lage, einerseits im Versorgungsgebiet eines Energiedienstleisters zu liegen, der entsprechende Produkte (Naturstrom, Biogas, Circulago) anbietet, andererseits verfügt sie über genügend finanzielle Ressourcen, um sich ein Umsteigen auf diese Energien leisten zu können.

Während dem der städtische Strombedarf durch Einkauf der entsprechenden Stromprodukte bereits vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, ist das Potenzial für eigene Produktion erst ansatzweise genutzt. Der Ausstieg aus den fossilen Energien und der Atomkraft erfordert aber eine massive Steigerung der Nutzung von erneuerbaren Energien für die Stromproduktion.

Während dem die Wasserkraft im Kanton Zug wie auch in der ganzen Schweiz schon fast vollständig ausgeschöpft ist, gibt es insbesondere für die Solarenergie noch grosses Potenzial. Hier soll die Stadt Zug vorangehen und durch konsequente Stromsparbemühungen einerseits, durch das Ausnutzen möglichst vieler geeigneter Dach- und Fassadenflächen der eigenen Liegenschaften für Photovoltaikanlagen andererseits, bis 2030 eine Eigenproduktionsquote (übers Jahr gerechnet) von mindestens 20% erreichen. Bei vermieteten Objekten ist gemeinsam mit dem Energiedienstleister ein Modell – z.B. analog den Eigenverbrauchsgemeinschaften „solarsplit“ der ewz – zu entwickeln, wie die Mieter zu günstigen Konditionen Solarstrom von der jeweiligen Liegenschaft beziehen können.

Nebst der ungünstigen CO₂-Bilanz führt die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas für die Beheizung von Gebäuden zusätzlich zu einer geopolitisch unerwünschten Abhängigkeit von meist wenig demokratisch regierten Staaten. Fossil beheizte Gebäude müssen möglichst bald, wenn immer möglich im Rahmen einer energetischen Gesamtsanierung, auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Als spätester Zeitpunkt ist das Jahr 2030 anzupeilen. Der Stadtrat soll eine Liste mit den Gebäuden mit Öl- oder Gasheizung und dem vorgesehenen Datum der energetischen Sanierung erstellen.

Für Liegenschaften, die mit Gas beheizt werden, kann ausschliesslich aus Abfallstoffen produziertes Biogas als erneuerbare Energie eingekauft werden. Damit das wenige verfügbare Biogas nicht unnötig für schlecht wärmedämmte Gebäude verbraucht wird und die Stadt erhöhte Heizkosten nicht einfach auf die Mieterschaft abwälzt, soll sie bei vermieteten Liegenschaften die Preisdifferenz zu Erdgas selbst tragen.

Für die Fraktion Alternative-CSP

Patrick Steinle
alps@kajak.ch
079 479 55 21

Für die GLP-Fraktion

Stefan W. Huber
stefan@leerzeit.ch
076 337 30 24